



## Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

## Haushaltsberatungen haben begonnen

Bundeshaushalt 2010 steht noch voll im Zeichen der Krise

**Die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im neuen Jahr stand ganz im Zeichen der parlamentarischen Beratungen über den Bundeshaushalt 2010. Bei der Haushaltsaufstellung und bei den jetzt beginnenden Beratungen wurde sehr schnell deutlich, dass unser Land mit der notwendigen Konsolidierung des Bundeshaushalts vor einer haushalts- und finanzpolitischen Herausforderung steht, für die es in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kein Beispiel gibt.**

Der Entwurf des Haushalts ist gekennzeichnet von der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise, die Deutschland nach dem Krieg erlebt hat. Es fehlen rund 43 Mrd. Euro Steuereinnahmen. Hinzu kommt, dass richtigerweise nicht gegen die Krise angespart wurde, sondern die Ausgaben zielgerichtet zur Förderung der Konjunktur angehoben wurden. So konnten die Folgen der Krise abgemildert werden. Allein die Ausgaben für den Arbeitsmarkt erhöhen sich um 23 Mrd. Euro. Insgesamt ist für das Jahr 2010 eine schmerzhaftes Neuverschuldung von über 85 Mrd. Euro notwendig. Diese müssen wir in Kauf nehmen, um uns weiter klug gegen die Krise zu stemmen und vor allem Beschäftigung zu sichern.

Neben der angestrebten zügigen Wiedereinhaltung des 3-Prozent-Defizitkriteriums des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes erfordert insbesondere die zwingende Einhaltung der neuen Schuldenregel des Grundgesetzes eine Reduzierung des strukturellen Defizits im Bundeshaushalt um rund 60 Mrd. € in gleichbleibenden Ab-

bausritten bis zum Jahr 2016. Es macht aber überhaupt keinen Sinn, jetzt in der Öffentlichkeit bereits über Sparlisten für das Jahr 2011 zu diskutieren. Vor allem muss nun zunächst die Steuerschätzung aus dem Mai abgewartet werden. Das dies gerade in der Krise Sinn macht, zeigte das Jahr 2009: Im Vergleich zur Schätzung im Mai wurde die Höhe der Steuermindereinnahmen in der November-Steuerschätzung um 10 Mrd. Euro reduziert. Daher ist der Frühsommer 2010 der richtige Zeitpunkt, um einen Gesamtplan zur Konsolidierung des Bundeshaushalts aufzustellen. Nicht vergessen werden sollte in der aktuellen Diskussion auch, dass die Neuverschuldung in dieser Höhe bereits im Haushaltsplan 2010 der alten Bundesregierung vorgesehen war.

Zugleich wollen wir das Steuersystem auch gerechter machen, um das neue Jahrzehnt zu einer Dekade der Chancen zu machen. Dabei werden wir uns an einem konkreten gesellschaftlichen Leitbild orientieren: Für uns steht die Freiheit des Einzelnen im Mittelpunkt, die aber eingebettet sein muss in die Solidarität mit den Mitmenschen. Dass muss das Motto einer Koalition sein, die die Mitte der Gesellschaft repräsentiert.

Nach der Regierungsübernahme 2005 haben wir in der unionsgeführten Bundesregierung innerhalb weniger Jahre den von rot-grün ruinierten Bundeshaushalt saniert. Wenn alle gemeinsam mit anpacken und die Verantwortung für das Gemeinwesen Vorrang für Besitzstandswahrungen erhält, werden wir es auch diesmal wieder schaffen.

## Zitat der Woche

„Wir brauchen motivierte Bürger, die wissen, warum sie Steuern zahlen und finden, dass es dabei gerecht zugeht.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel

### Weitere Entlastung der Bürger

Das entschlossene Handeln der Bundesregierung im letzten Jahr hat den Finanzmarkt stabilisiert und die konjunkturelle Talfahrt gestoppt. Dies wirkte sich vor allem auf den Arbeitsmarkt positiv aus: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte so stark begrenzt werden wie in keinem anderen Industrieland weltweit. Nun gilt es, weitere Wachstumsimpulse zu setzen, um zu einem selbsttragenden Aufschwung zu kommen. Der Schlüssel dafür liegt in der Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger, die spürbar gestärkt wird. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und dem Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz sorgen wir für steuerliche Entlastungen und verhindern zusätzliche Belastungen durch steigende Sozialbeiträge. Die unionsgeführte Bundesregierung hält Wort: Die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bleibt eines unserer Hauptanliegen. Daher werden wir entsprechend des Koalitionsvertrages auch eine große Steuerstrukturreform umsetzen. Von dem vereinbarten Entlastungsvolumen von 24 Milliarden Euro sind Familienentlastungen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro bereits zum Jahresbeginn in Kraft getreten.

### 2009: Stärkste Rezession seit 1945

Der Wirtschaftseinbruch 2009 war die stärkste Rezession in Deutschland seit 1945: Im vergangenen Jahr ist die deutsche Wirtschaft so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegszeit. Um insgesamt 5 Prozent ging das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt zurück. Der wirtschaftliche Einbruch fand hauptsächlich im Winterhalbjahr 2008/2009 statt. Im Jahresverlauf zeichnete sich eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung auf dem neuen, niedrigen Niveau ab. Damit ist die deutsche Wirtschaftsleistung zum ersten Mal seit sechs Jahren zurückgegangen.

### Irakische Christen dürfen nicht vergessen werden

Die jüngsten Anschläge gegen Angehörige der christlichen Minderheit sind besorgniserregend. Sie unterstreichen auf dramatische Weise, dass die Situation der Christen im Irak sich nicht gebessert hat und weiterhin unserer größten Aufmerksamkeit bedarf. Die EU hatte sich 2008 nicht zuletzt dank des Engagements

des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble auf die Aufnahme von 10 000 Flüchtlingen aus dem Irak geeinigt. Deutschland selbst hat 2500 Personen aus dem Irak aufgenommen

Die Staatengemeinschaft darf in ihrer Unterstützung der christlichen Minderheit im Irak nicht nachlassen. Am vergangenen Wochenende ist ein Christ bei Feierlichkeiten zur Einführung des neuen Erzbischofs von Mossul getötet worden. Schon in den Wochen zuvor wurden gezielt Mitglieder christlicher Gemeinden getötet, entführt und Anschläge auf Kirchen verübt. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gilt die Verpflichtung aus dem Koalitionsvertrag, in unseren auswärtigen Beziehungen gegen jegliche Benachteiligung aufgrund von Religion zu wenden, für diese Region daher in besonderem Maße.

### Kein Schlussstrich unter Stasi-Willkür

Am 15. Januar 1990 folgten tausende mutige Menschen dem Aufruf des Neuen Forums zur Demonstration vor der Stasi-Zentrale in der Normannenstraße in Berlin. Die bewegenden Bilder von der spontanen Erstürmung des Gebäudes gingen um die Welt. Sie wurden zum Symbol der Freiheit, der Befreiung von dem unmenschlichen Willkür- und Unterdrückungsapparat der Staatssicherheit. So führte die Besetzung folgerichtig zur Gründung der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße, die in täglichen Führungen unerlässliche politische Bildungsarbeit leistet. Die Besucher werden über die menschenverachtende Arbeit des Staatssicherheitsapparates und seine Täter umfassend informiert. Erfreulicherweise setzt sich die Tendenz der steigenden Besucherzahl auch in der Gedenkstätte Normannenstraße fort: allein im vergangenen Jahr wurden mehr als 80.000 Besucher gezählt. Auch Besuchergruppen aus Pforzheim und dem Enzkreis besuchen jedes Jahr die ehem. Stasi-Zentrale. Dort erfahren sie aus erster Hand, wie menschenverachtend die Stasi gearbeitet hat. Leider muss aber in letzter Zeit festgestellt werden, dass die Zahl der „Geschichtsverklärer“ zunimmt. Deshalb sind die Gedenkstätten – aber auch das „Museum gegen das Vergessen“ in Pforzheim – so wichtig.